

DER VOLKSWIRT

Das Geld ist weg

Es ist Zeit, die Wahrheit auszusprechen: Ein Teil der übergroßen Schulden der Staaten wird wohl nicht zurückgezahlt. Nun geht es um Wege aus der Schuldenfalle – die schmerzvoll sein werden.

Von William White

Immer das Beste zu erhoffen, ist keine besonders erfolgreiche Überlebensstrategie. Es kann auch blind machen für die Möglichkeit, potentielle Verluste zu begrenzen, indem man frühzeitig eingreift. Ob es um Gesundheitsprobleme, eine schlechte Beziehung oder sogar um den Klimawandel geht: Anzuerkennen, dass es ein Problem gibt, ist der erste Schritt, um die Schäden zu mildern.

Heute ist der Schuldenüberhang in aller Welt ein solches Problem. Doch alle Zuständigen scheinen entschlossen, die Möglichkeit zu leugnen, dass ein erheblicher Teil dieser Schulden nicht mehr zurückgezahlt werden kann. Dieses Verschließen des Verstandes ist ignorant und gefährlich. Denn die ökonomischen und politischen Kosten werden noch größer, wenn das Problem verschleppt wird.

Die globale Schuldenquote – die Verschuldung der Staaten, Unternehmen und Haushalte relativ zur Wirtschaftsleistung – steigt seit Dekaden, vor allem in den Industrieländern. Seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 hat sich dieser Trend verschlimmert. Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zeigen einen Anstieg der globalen Schuldenquote von 192 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Ende 2007 auf 232 Prozent im Jahr 2017. Auch die Schwellenländer, besonders China, sind zunehmend Teil des Problems.

Höhere Schulden bedeuten „Gegenwind“ bei der wirtschaftlichen Entwicklung, denn sie setzen Grenzen für die künftigen Ausgaben. Es sei denn, die aufgenommenen Kredite wurden für produktive Zwecke eingesetzt, also für sinnvolle Investitionen, um das künftige Produktionspotential der Volkswirtschaft zu erhöhen. Leider zeigen die sinkenden Raten des Produktivitätswachstums, dass dies bei weitem nicht der Fall ist.

Das Phänomen der immer mehr steigenden Schuldenquoten wurzelt darin, dass die Geld- und Fiskalpolitiken asymmetrisch betrieben werden. Einer expansiven Geld- und Finanzpolitik in Konjunkturschwächen folgt nie eine ebenso restriktive oder straffe Geld- und Finanzpolitik in konjunkturellen Aufschwüngen. Im Abschwung werden Schulden gemacht, im Aufschwung werden sie aber nicht wieder abgebaut. Die Zentralbanken haben im Abschwung die Leitzinsen gesenkt, im Aufschwung aber nicht ebenso erhöht. Das ist seit mehreren Jahrzehnten und über aufeinanderfolgende Konjunkturzyklen hinweg so. Im Ergebnis sind die realen Zinsen schrittweise nach unten gegangen und die Staatsverschuldung ist schrittweise nach oben geklettert. Die Lasten und die Risiken steigen.

Es ist kein Zufall, dass in den globalen Krisen immer stärkere Rettungsmaßnahmen notwendig wurden. Und es gibt Grund zur Annahme, dass die bisherigen Reaktionen beim nächsten globalen Abschwung, in der nächsten Krise, nicht mehr ausreichend sein werden. Erstens kann es sein, dass der nächste Abschwung noch tiefer sein wird als der vorige. Und zweitens ist der Bewegungsspiel-



Illustration Peter von Tresckow

raum der Geld- und Fiskalpolitik beinahe ganz aufgebraucht.

Im globalen Finanzsektor gibt es weitere Ungleichgewichte, die ebenfalls in eine krisenähnliche Richtung weisen. Über einige Jahre lagen die Risikoauflage und die Marktvolatilität auf außergewöhnlich niedrigem Niveau, was zu einer leichtsinnigen Risikoaufnahme geführt hat. Die Aktienpreise in vielen Ländern, besonders in den Vereinigten Staaten, stehen auf einem üppigen Niveau, ebenso die Häuserpreise in einer zunehmenden Zahl von Ländern. Eine Rückkehr dieser Preise zu den Mittelwerten würde einen ernsthaften Abschwung bedeuten.

Die geld- und finanzpolitischen Instrumente, um eine Abwärtsbewegung zu bekämpfen, sind inzwischen aber sehr begrenzt. Selbst in Amerika ist der Spielraum für Zinssenkungen gering. Länder, deren Leitzinsen nahe null oder gar negativ sind, haben fast gar keinen Raum für Reaktionen. Und bei einer noch größeren Ausweitung der Bilanzsummen der Notenbanken durch noch mehr Käufe von Wertpapieren wäre sehr zweifelhaft, ob die begrenzten Effekte einer solchen Politik die damit verbundenen Risiken aufwiegen können. Auch für eine kreditfinanzierte fiskalische Expansion wäre nicht mehr viel Spielraum, aus Angst vor heftigen negativen Reaktionen der Finanzmärkte bei weiterer steigender Verschuldung.

In so einer Situation würde sehr viel für eine explizite Schuldenrestrukturierung, einen Schuldenschnitt, sprechen. Ohne diesen müssten die Staaten unter dem Druck der Zinslasten ihre Ausgaben kürzen, um die Schulden weiter zu bedienen. Was aber, wie man in Griechenland sah, zu einer abstürzenden Wirtschaft und

letztlich weiter steigenden Schuldenquoten führt. Auch die politischen Verwerfungen kann man nicht ignorieren, denn immer höhere Schuldenstände drohen Länder zu Schuldensfallen zu machen.

Ein Schuldenschnitt wird von den Gläubigern als schmerzhaft empfunden, aber immerhin kann ein geregelter und schneller Schnitt noch wenigstens einen Teil ihrer Forderungen erhalten. Und das explizite Eingeständnis von Verlusten macht auch klar, dass die Kreditgeber unvernünftig gehandelt haben und dafür auch einen Preis zahlen müssen. Auch dies wäre ein wichtiges Signal. In der jüngsten Finanzkrise hat die zutreffende Wahrnehmung der Öffentlichkeit, dass Pleitebanker gerettet wurden, zu einem erheblichen Um- und Anstieg des Populismus geführt.

Was ist nötig, damit geordnete Schuldenschnitte möglich werden? Die Regierungen müssen dafür arbeiten, dass effektive staatliche Insolvenzverfahren möglich werden. Es gibt immer noch keinen internationalen Vertrag, der für Staatsinsolvenzen Regeln festlegt (immerhin werden in der EU nun erste Schritte dafür vorbereitet). Es ist auch nicht sicher, dass die „Too big to fail“-Problematik gelöst worden ist. Und es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, dass die neue Regulierung der Finanzinstitute diese immun gemacht hätte. Bei vielen Anleihen fehlen „Collective Action Clauses“, die eine geregelte Umschuldung erleichtern würden. Ohne solche Klauseln ist die Gefahr chaotischer Fälle groß, in denen einfach der Schuldendienst eingestellt wird. Ohne Klarheit über die Regeln und Schuldenverhältnisse würde sich bei einer neuen Finanzkrise der Abwärtstrend verstärken. Dann ist ein „Schuldendeflationsprozess“ denkbar,

wie ihn Irving Fisher in den 1930er Jahren beschrieben hat.

Um der Schuldenfalle zu entkommen, könnten sich die Regierungen an eine Strategie erinnern, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Schuldenquoten deutlich gesenkt hat: „Finanzielle Repression“ umfasste damals eine lockere Geldpolitik für eine maßvoll höhere Inflation und staatliche Eingriffe, um die nominalen Zinsen zu deckeln. Daraus resultierten negative Realzinsen und eine Entschuldung des Staats auf Kosten der Gläubiger und Sparer. Es gibt zwar Ansätze in diese Richtung durch die Regulierung, aber es erweist sich als schwierig, die Inflationsrate anzuhaken. Eine andere Idee, um einer Krise zu begegnen, könnte „Helikoptergeld“ sein: Notenbankgeld, das direkt der Finanzierung von Staatsausgaben dient. Die Gefahr dabei ist aber, dass der Privatsektor das Vertrauen in die Schuldentitel des Staates verliert. Historische Erfahrungen lehren, dass solche Politik plötzlich in Hyperinflation und Kollaps enden kann.

Ein bequemes „Weiter so“ kann es aber auch nicht geben, angesichts der rekordhohen Schuldenstände. Ein Teil des verlierten Geldes ist für die Gläubiger wohl einfach verloren, die Forderungen müssen in geordneter Weise abgeschrieben werden. Die Staaten sollten die gesetzlichen Möglichkeiten dafür schaffen. Zugegebenemfalls werden Schuldenschnitte unangenehm, schmerzhaft sein. Aber das Problem zu ignorieren wird auf Dauer zu noch schmerzhafteren Folgen führen.

William White war Chefkonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bis 2008 und ist seit 2009 Vorsitzender des Economic and Development Review Committee der OECD. Aus dem Englischen übersetzt von Philip Plickert.

Europlatz Frankfurt

Sicherheit und Wohlstand

Von David Folkerts-Landau

Hätte es noch eines finalen Belegs für den desolaten Zustand der Ausrüstung der Bundeswehr bedurft, hätte er wohl kaum eindrucksvoller geliefert werden können als durch die aufgrund eines schwerwiegenden technischen Defekts an der Maschine der Luftwaffe erzwungene Umkehr der deutschen G-20-Delegation. Die nach dem Ende des Kalten Krieges in Form permanent sinkender Rüstungsausgaben (in Prozent des BIP) eingefahrene Friedensdividende hat sich offensichtlich als nicht nachhaltig erwiesen. Die drei Waffengattungen Heer, Luftwaffe und Marine verfügen über eine zu geringe Ausstattung mit großen Waffensystemen. Nahezu wöchentlich sind Hiobsbotschaften über die mangelnde Einsatzbereitschaft der existierenden Systeme zu lesen.

Hätten sich die großen (System-)Konflikte tatsächlich aufgelöst, wie es Francis Fukuyama in seinem 1989 erschienenen Aufsatz „The End of History?“ beschrieben hatte, wäre das nicht weiter tragisch. Tatsächlich ist aber eine multipolare Welt entstanden, in der die regelbasierte Ordnung zunehmend durch militärische Drohungen und Aktionen in Frage gestellt wird. Und in Graham Allisons Buch „Destined for War“ wird die Frage diskutiert, ob der sich zuspitzende geopolitische Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China friedlich gelöst werden kann. Es wird zunehmend deutlich, dass Deutschland und die EU mit ihrem Soft-Power-Ansatz bei den großen geopolitischen Konflikten, wo zumeist handfeste ökonomische Interessen im Hintergrund stehen, immer weniger als relevante Akteure be-

trachtet werden. Dies wird auch durch eine intensivierte europäische Verteidigungspolitik nicht überwunden, da die Frage von Krieg und Frieden eine ist, die in der Regel national beantwortet wird, und somit eine europäische Armee nur eine begrenzte Schlagkraft haben dürfte.

In Anbetracht der Konflikte vor unserer Haustür muss Deutschland als eine führende Exportnation über ein Mindestmaß militärischer Kapazitäten verfügen, um seine legitimen Interessen durchsetzen zu können, etwa den Schutz wichtiger Handelsrouten. Schon 2016 hat Verteidigungsministerin von der Leyen Investitionen von 130 Milliarden Euro für die Bundeswehr in den nächsten 15 Jahren gefordert. Dies dürfte angesichts der weiter gestiegenen Bedrohungslage, auch im Bereich von Cyber Security, deutlich zu niedrig sein. Jüngste Umfragen zeigen, dass der Anteil der Bevölkerung, der für höhere Verteidigungsausgaben stimmt, zwar zunimmt (43 Prozent), aber noch immer spricht sich mehr als die Hälfte der Deutschen dagegen aus. In einer alternden und ressourcenarmen Wirtschaft interessieren sich die Bürger offensichtlich mehr für Bildung, Rente und innere Sicherheit. Es wird höchste Zeit, dass man versteht, dass die äußere Sicherheit für den Erhalt unseres Wohlstandes eine ebenso wichtige Rolle spielt. Dafür sollte Deutschland seine jährlichen Verteidigungsausgaben von derzeit 1,2 Prozent des BIP auf mindestens 2 Prozent erhöhen (circa 70 Milliarden Euro), womit lediglich die Lücken zu Frankreich und dem Vereinigten Königreich geschlossen würden.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Deutschen Bank.



WIRTSCHAFTSBÜCHER

Adieu, SPD

Peer Steinbrück über Opfer und Verlierer

Es hat Tradition, dass sich Peer Steinbrück nach Bundestagswahlen zu Wort meldet. In „Unterm Strich“ (2010) ging es vor allem um die Finanzkrise, in „Vertagte Zukunft“ (2015) beklagte er eine selbstzufriedene Republik, nun hat sich der SPD-Politiker zum „Elend der Sozialdemokratie“ (2018) Gedanken gemacht. Die drei Bücher drehen sich auch um die Frage, weshalb die SPD keine nationalen Wahlen mehr gewinnt.

Dabei ähneln sich Befunde wie Empfehlungen des früheren Finanzministers und Kanzlerkandidaten. So heißt es 2010: „Das Soziale in der Politik reicht nicht! Darauf verlegt sich die SPD am liebsten, weil sie es am besten kann und dort die größten Wohlfühlergebnisse hat. Dabei entgeht ihr allerdings, dass ihr wirtschaftspolitisches Bein zu kurz ist und deshalb im Kreis läuft. Die wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz muss in der SPD kontinuierlich und in der Breite ausgebaut werden.“

Im Jahr 2015 schreibt Steinbrück: „Die SPD hat auf dem sozialpolitischen Feld keinen Nachhol- und Nachhilfebedarf. Umso mehr schwächelt sie auf dem zweiten Feld, auf dem Wahlen gewonnen werden: bei der wirtschaftlichen Kompetenz. Hier muss sie ihr Profil stärken.“ Nun, im Jahr 2018, heißt es, dass die SPD in der Wirtschafts- und Finanzpolitik weiterhin ein schwaches Kompetenzprofil habe. Daran habe auch die Gründung eines SPD-Wirtschaftsforums nichts geändert. Der Partei werde weiterhin ein gespaltenes Verhältnis zum Unternehmensgeist und zum Unternehmertum zugeschrieben.

Weshalb das so ist? Vielleicht stellt die SPD die falschen Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt ihrer Wahlkämpfe. „Das Land besteht zum weit überwiegenden Teil nicht aus Opfern und diskriminierten Minderheiten“ (2018). „Im Wahlprogramm der SPD war zu wenig die Rede von den Erwartungen, Interessen und Befindlichkeiten der Abermillionen Durchschnittsbürger. Von einem Mindestlohn profitieren 5 Millionen Bürger. Das ist gut. Aber an der materiellen Lage von 29 Millionen Arbeitnehmern und Arbeitnehmern ändert der Mindestlohn gar nichts“ (2015). „Die SPD wird vielfach wahrgenommen als eine Partei der Verlierer und der Zukunftsbedenklichen. Einige ihrer Strategien sind sogar davon überzeugt, dass die Modernisierungsverlierer im Mittelpunkt von Programm und Politik zu stehen hätten“ (2010). Steinbrücks Rat im aktuellen Buch: „Die SPD sollte hinöhren, wenn ihr aus einer der größten Wählergruppen zugerufen wird: Ich bin weiblich, verhältnismäßig jung, weiß und deutscher Herkunft, heterosexuell, will Kinder haben beziehungsweise habe Kinder, fühle mich in meinem Job wohl, will aber so bezahlt werden wie mein männlicher Kollege, finde Deutschland toll, wenn auch an manchen Stellen verbesserungsbedürftig – und fühle mich nicht als Opfer! Dazu will ich von der Politik auch nicht gemacht werden.“

Steinbrück beklagt zudem eine gewisse Wirtschaftsfremde der SPD, die auch mit dem Wandel ihrer Mitgliederstruktur zu tun habe. Sie sei immer stärker zu einer Partei des öffentlichen Dienstes ge-

worden. Darüber habe sie den Kontakt zur Facharbeiterschaft verloren. „Bisher ist es kaum gelungen, wenigstens in den Führungsgremien der Partei und bei den Delegierten von Parteitag für eine breite Abbildung wirtschaftlichen Sachverständnisses und beruflicher Erfahrung zu sorgen.“

Ein weiteres Problem der SPD ist, dass es Deutschland gutgeht. Das ist auch eine Folge der „Agenda 2010“, für die sich viele Sozialdemokraten heute schämen, was Steinbrück regelmäßig beklagt. „Die Distanzierung hat zu einer erheblichen Abwanderung geführt, die SPD hat die Agenda nicht ausreichend erklärt“ (2010). „Der Duktus des Wahlprogramms der SPD ließ immer noch eine gewisse Verklemmung gegenüber dem Erbe der Agenda 2010 spüren. Wir hätten die Agenda selbstbewusst annehmen und denen abspenstig machen müssen, die in den Genuss ihrer politischen Rendite gekommen waren, nachdem sie die Reformen 2003 abgelehnt hatten“ (2015). „Die SPD muss ihre Selbsttraumatisierung aus der Agenda-Politik endlich überwinden. Groteskerweise fielen die Leistungen der CDU/CSU als Rendite zu, nicht zuletzt, weil die SPD selbst verschämt damit umging und keine offensive Kommunikation zu entwickeln vermochte“ (2018).

In seinem neuen Buch warnt Steinbrück die SPD: Sie solle nicht bei ihrer „mehr oder weniger orthodoxen Kapitalismuskritik“ bleiben. Auf die Jungsozialisten ist der frühere Finanzminister ganz schlecht zu sprechen, auch in seiner neuen Schrift bekommen sie einige Breiten ab – ebenso wie die Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses. Man mag es kaum glauben, und Steinbrück deutet es nur an, aber in der SPD-Parteizentrale muss sich inhaltliche wie wahlkämpferische Inkompetenz bündeln. Das ist ein Eindruck, der sich freilich auch nach der Lektüre des Buches „Die Schulz-Story“ festsetzt: Hier beschreibt der Journalist Markus Feldenkirch, wie der Wahlkampf des jüngsten SPD-Messias von Pleiten, Pech, Pannen und den absurden Launen eines Sigmar Gabriel durchgesetzt war.

Was fordert Steinbrück? „Dringend benötigt sind eine Regulierung für Internetunternehmen, eine diesbezügliche Antitrust-Gesetzgebung, eine effiziente Regulierung von Finanzmärkten, ein Antidumping von Löhnen und Sozialstandards, die Sicherung von Rechten der Arbeitnehmer und der Mitbestimmung sowie die Verpflichtung der Marktteilnehmer, für die Risiken ihres Handelns zu haften, statt sie auf die Allgemeinheit abzuwälzen.“ Und: „Die SPD muss eine europäische und eine patriotische Partei sein. In diesem Sinne sollte sie Verbündete für die Zähmung des globalisierten Kapitalismus gewinnen und gleichzeitig für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft eintreten.“ Wäre Steinbrück ein guter Kanzler geworden? Ja, sicher. Mit dieser SPD? Sicher nicht. Sollte sich Steinbrück weiter zu Wort melden? Auf jeden Fall!

JOCHEN ZENTHÖFER

Peer Steinbrück: Das Elend der Sozialdemokratie. Verlag C.H. Beck, München 2018. 189 Seiten. 14,95 Euro.

Auf den externen Vergleich kommt es an

Gibt es in der Schule inzwischen zu viele Tests und andere Leistungsüberprüfungen? / Von Ludger Wößmann

Eltern, Lehrkräfte und Schüler fühlen sich manchmal einer regelrechten Testeritis ausgesetzt. Tatsächlich steigt der Einsatz schulischer Leistungsüberprüfungen in aller Welt. Laut einer Erhebung der Europäischen Kommission haben acht von 18 untersuchten Ländern zwischen 2000 und 2015 nationale Tests eingeführt, die am Ende der Grundschule oder Sekundarstufe I über die weitere Schullaufbahn der Schülerinnen und Schüler entscheiden. Im gleichen Zeitraum ist in 23 der 59 Länder, die wir in einer neuen Studie untersuchen, der Anteil der Schulen, die standardisierte Prüfungen für externe Vergleiche einsetzen, um mehr als 20 Prozentpunkte gestiegen.

Die Debatte über zunehmende Prüfungen vernachlässigt aber oft die wichtige Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen und Verwendungen der Tests. Tests, die auf eine große Schülerschaft normiert sind und deren externer Vergleich Konsequenzen für die Schulen hat, unterscheiden sich grundlegend von Tests, die von den Lehrkräften selbst erstellt wurden, um die Lernfortschritte ihrer Klasse zu überprüfen. Auch ist eine Beurteilung von Lehrkräften auf Basis der Leistungen ihrer Schulklassen etwas anderes als die Auswahl von Schülern für den Zugang zur Universität. Wie die verschiedenen Formen von Leistungsüberprüfungen den

Lernerfolg beeinflussen, wird davon abhängen, wie sie sich auf die Anreize und Verhaltensweisen der Akteure auswirken. Um dies zu testen, haben der Autor, Annika Bergbauer vom Ifo-Institut und Eric Hanushek von der Stanford University in einer neuen Studie (NBER Working Paper Nr. 24 836) Reformen von Tests und Prüfungssystemen in 59 Ländern in den Jahren 2000 bis 2015 untersucht. Dazu nutzen wir die Mikrodaten von mehr als zwei Millionen 15-jährigen Schülerinnen und Schülern in allen sechs Befragungsrunden der internationalen Pisa-Studie. Da im Beobachtungszeitraum viele Länder ihre Prüfungspraktiken reformierten, können wir in unseren Analysen die Veränderungen in den Prüfungssystemen nutzen, die in den Ländern über die Zeit zu beobachten sind. Durchschnittliche Niveauunterschiede zwischen den Ländern bleiben in den Schätzungen unberücksichtigt, so dass unbeobachtete Merkmale der Länder, die sich über die Zeit nicht ändern, die Ergebnisse nicht verzerrten. Zusätzlich rechnen unsere Analysen den Einfluss zahlreicher individueller Faktoren wie familiäre Hintergründe und schulische Ausstattungen heraus.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass einige Formen der Leistungsüberprüfung den Lernerfolg der Schüler beeinflussen, während andere keinen erkennbaren Einfluss

haben. Insbesondere verbessert eine Ausweitung von extern vergleichenden Prüfungen, die üblicherweise Konsequenzen für die Beteiligten haben, die Schülerleistungen, nicht jedoch eine Ausweitung interner Tests, die auf lokalen oder subjektiven Informationen beruhen.

Einerseits geht eine vermehrte Verwendung extern vergleichender Prüfungen mit höheren Schülerleistungen in den internationalen Tests einher. In Ländern, die die Verwendung extern vergleichender Prüfungen ausgeweitet haben, haben sich die durchschnittlichen Mathematikleistungen der Schüler über den 15-Jahres-Zeitraum systematisch verbessert im Vergleich zu Ländern, die die Verwendung dieser Form von Prüfungen nicht ausgeweitet oder sogar verringert haben. Dies zeigt sich für Schülerleistungen in allen drei Fächern, Mathematik, Naturwissenschaften und Lesen. Bei den extern vergleichenden Prüfungen gibt es sowohl schulbasierte Formen, die die Leistungen der Schulen mit den jeweiligen regionalen oder nationalen Leistungen vergleichen, als auch schülerbasierte Formen wie national standardisierte Prüfungen, die über den weiteren Bildungsweg entscheiden. Für beide Formen finden sich positive Effekte. Dabei sind die Effekte schulbasierter Formen in leistungsschwächeren Schulsystemen stärker ausgeprägt.

Andererseits ergeben sich für schulinterne Tests, die nur informieren oder Fortschritte überwachen, kaum erkennbare Effekte auf die Schülerleistungen. Veränderungen in der Verwendung von internen Tests gehen nicht systematisch mit Veränderungen der Schülerleistungen der Länder einher. Gleiches gilt für interne Prüfungen, die zur Beurteilung der Lehrkräfte eingesetzt werden, einschließlich Inspektionen von Unterrichtsstunden.

Auch die Einführung von standardisierten Tests ohne externe Vergleiche geht im Durchschnitt nicht systematisch mit Veränderungen in den Schülerleistungen einher. Allerdings hat sie in ursprünglich schwach abscheidenden Ländern positive Effekte, nicht hingegen in Ländern mit bereits starken Leistungen.

Mit den sich verändernden Prüfungstechnologien wird es immer leichter, Leistungserhebungen durchzuführen. Darum wird es aus politischer Sicht zunehmend wichtiger, die Auswirkungen verschiedener Prüfungssysteme zu verstehen. Unsere Ergebnisse zeigen, dass externe Vergleiche wichtig sind, damit Prüfungen die Schülerleistungen verbessern. Insofern sollten Politik und Schulen sich bei geführter Testeritis auf extern vergleichende Prüfungen konzentrieren.

Prof. Dr. Ludger Wößmann leitet das Ifo-Zentrum für Bildungsökonomik.